

# Basta!

Nr. 1 / Februar 2001

## Basels starke Alternative

# Stellenabbau soll nicht rentieren

Entlassungssteuer

Am Wochenende vom 3./4. März kommt die Initiative für eine Entlassungssteuer zur Abstimmung – exakt fünf Jahre nach ihrer Geburt.



Am 7. März 1996 schnellten bei der Bekanntgabe der Novartis-Fusion die Aktienkurse in die Höhe, da Ciba-Geigy und die Sandoz gleichzeitig mit der Fusion beabsichtig-

ten, tausende von Stellen abzubauen. So wurde diese Fusion zum Symbol für einen rücksichtslosen Shareholder-Kapitalismus, in welchem die Gewinne auf Kosten des Personals, des Standorts und der Gesellschaft maximiert werden. Dasselbe Muster wiederholte sich später bei der UBS-Fusion. Aber auch die Sparmassnahmen im Gesundheits- und im Bildungswesen und - als neuestes Beispiel - der Kahlschlag bei der Post folgen der Logik der "privaten Bereicherung und der öffentlichen Armut". Und vorab diesem Zweck dienen nicht zuletzt die Privatisierungen, die staatliche Dienstleistungen der privaten Aneignung von Profit erschliessen.

Aufgrund der neoliberalen Strategien hat sich seit der Mitte der achtziger Jahre europaweit aber auch bei uns ein neues Wirtschaftsregime durchgesetzt. Die Gewinne werden nicht mehr primär über Produktivitätszuwachs und Wirtschaftswachstum gesteigert, sondern mit Hilfe von Rationalisierungen, Kostensenkungsmassnahmen und einer Externalisierung von Produktionskosten, d.h. de-

ren Abwälzung auf die Gesellschaft. Damit sind heute die Gewinne definitiv nicht mehr, wie der frühere Kanzler Helmut Schmidt meinte, die Arbeitsplätze von morgen. Gewinnsteigerungen gehen einher mit Stellenabbau, Lohnrestriktionen und einer verstärkten Prekarisierung der Arbeit. Die Gewinne sind demnach von den Arbeitsplätzen von morgen zu den Arbeitslosen und Prekarisierten von morgen geworden.

Die Novartis-Fusion war für Basta! der Anlass, die Initiative für eine Entlassungssteuer zu lancieren und einzureichen. Mit der Entlassungssteuer sollen nach dem Verursacherprinzip gezielt diejenigen Firmen zur Kasse gebeten werden, welche einzig um der Profitmaximierung willen Stellen abbauen. Sie ist so die richtige Antwort auf die neuen Tendenzen. Natürlich ist die Initiative allen Neoliberalen, sowohl denen auf der Rechten

als auch denen auf der Linken, ein Dorn im Auge. Diese rechtfertigen ja die schamlose private Bereicherung und die

Fortsetzung Seite 2

Mutationen an:  
Postfach 142, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

Wenn Verwaltungsräte  
und Financiers  
mit unserer Gesellschaft



spielen,  
muss die Politik  
Spielregeln festlegen

# JA

am 4. März

zur kantonalen  
Entlassungssteuer



# Linker Wurf?

Für das Sozialhilfegesetz!

Die SVP hat das Referendum gegen das neue Sozialhilfegesetz ergriffen, welches im Grossen Rat mit den Stimmen der Linken klar passierte. Wir stehen zur Neufassung - auch wenn längst nicht all unsere Vorstellungen realisiert sind.

Das alte Gesetz stammt aus dem Jahre 1960; es ist veraltet. Das neue regelt die Zusammenarbeit zwischen Bürgergemeinde und Kanton mit Hilfe eines eindeutigen Leistungsvertrages. Das ist ein Fortschritt. Wie früher umschreibt es im Sinne einer politischen Absichtserklärung u.a. materielle Hilfe, Beratungsangebot und verschiedene Massnahmen, welche hilfeschuchenden Personen erlauben werden, beruflich wieder Fuss zu fassen. Das nützt nicht nur den Betroffenen, es entlastet auch die Sozialhilfe.

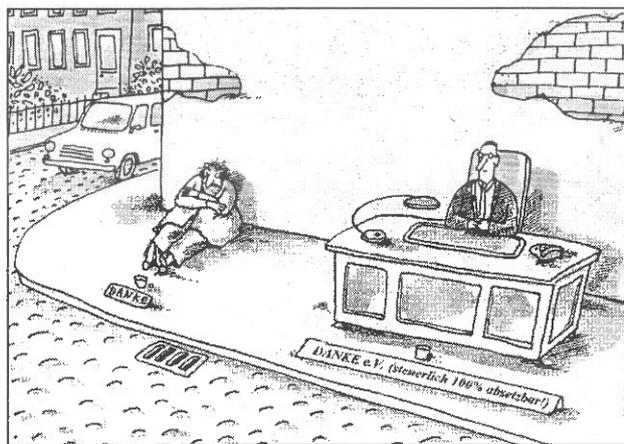
Gegnerinnen und Gegner schiessen auf das neue Gesetzes mit den bekannten billigen Argumenten: *Das neue Gesetz verhindert die missbräuchliche Beanspruchung von Sozialhilfe nicht*, sagen sie etwa, oder *SozialhilfempfängerInnen sind Schmarotzer und Faulpelze*. Diese Kritik am neuen Gesetz ist völlig unangebracht.

Hingegen gäbe es - gerade aus linker Sicht - durchaus einiges zu bemängeln: Unsere alte Forderung nach einem gesetzlichen Mindesteinkommen ist auf der Strecke geblieben, der Einfluss des Parlamentes, und damit die demokratische Kontrolle, wird durch New Public Management-Methoden eingedämmt, die Bürgerge-

meinde bleibt federführend, obschon ein Grossteil der EinwohnerInnen Basels keinen Einfluss auf diese Institution nehmen kann. Auch lässt das neue Gesetz ausdrücklich die Möglichkeit offen, beraterische Aufträge privaten Institutionen zu übertragen (sog. Auslagerung). Damit könnte die Sozialhilfe zur reinen Zahlstelle degradiert werden.

Kurz - das neue Gesetz ist beileibe kein linker Wurf, es würde noch einiges an demokratischer Kontrolle und sozialer Grosszügigkeit ertragen. Eine Annahme des Referendums wäre aber ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung - ein Schritt Richtung Abbau der sozialen Leistungen. Deshalb sagen wir trotz allem JA zum neuen Sozialhilfegesetz.

Benedikt Arnold



## Stellenabbau soll nicht rentieren (Fortsetzung)

Umverteilung des Reichtums mit den angeblich ehernen Gesetzen des Weltmarkts, der Konkurrenz und der Globalisierung. Aber das ist gerade der Zweck der Initiative. Wir wollen mit ihr ein politisches Signal setzen und Gegensteuer geben.

Eine Entlassungssteuer beschränkt auf den Kanton Basel-Stadt ist, wenn wir von ihrer politischen Signalwirkung abstrahieren, nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Sie ist aber ein Mosaikstein, wenn auch ein funkelnder, in einer breiter werdenden Bewegung von Linksparteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen den Sozialabbau. Der SGB hat eine Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer eingereicht. Die

Bewegung Attac mobilisiert weltweit für die Einführung einer Transaktionssteuer auf der Devisenspekulation, die sog. Tobin-Steuer. Zunehmend heftig geführt werden heute Bewegungen im Gesundheits- und Erziehungsbereich. Und immer schärfere Konturen gewinnt auch die Bewegung gegen die Privatisierungen, wenn wir an den Zeba-Streik und ans Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz denken. So reiht sich unsere Auseinandersetzung um die Entlassungssteuer ein in eine immer breiter werdende soziale Bewegung gegen die weltweite neoliberale Zerstörung einer demokratischen Gesellschaft.

Hans Schüppli

## Fiebertraum eines Wahnsinnigen

Editorial

Mein Grossvater - Gott hab' ihn selig, nicht nur weil er mir vor mehr als 30 Jahren das kleine Büchlein eines Grossen Vorsitzenden schenkte - mein Grossvater bezeichnete meine oft abgehobenen und übertriebenen Bubewünsche als *Fieberträume eines Wahnsinnigen*. Diese scheinen mir auch heute noch nicht abhandeln gekommen zu sein. Den jüngsten möchte ich den regelmässigen Bulletin-LeserInnen nicht vorenthalten. Er geht so:

Kurz nach Herausgabe des vorliegenden Blattes laufen die Drähte auf dem Sekretariat heiss. Empörte Basta!-Mitglieder beschwerten sich. Gleich bündelweise liegen refusierte Bulletins im Postfach. Eine spontan ins Leben gerufene Basta!-Basisgruppe fordert den sofortigen Rücktritt des Sekretärs, oder mindestens der Redaktion. Was uns eigentlich einfalle, das Informationsblatt der Partei zur Abstimmungszeitung verkommen zu lassen? Wo bleiben die Fraktionen? Wo die Satire auf der letzten Seite? Und was - bitte sehr - ist mit der nächsten Folge der kulturpolitischen Serie? - Nur mit grösster Not verhindert Martin F. unkontrollierte Eskalationen: Beschluss der Koordination und so, knappes Abstimmungsbudget, Synergie-Effekte ....

Es ist zu befürchten, dass mein Grossvater auch dieses Mal Recht behielte. Wohl doch kein Aufruhr, kursorisches Lesen *as usual*, wo ist überhaupt das Problem?

Martin Brunner

Besuchen Sie unsere Website!

[www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch)

# Demokratie statt Freiheit der Investoren!

Kommentar



Vor gut 20 Jahren lancierte der damalige Deutsche Bundeskanzler der SPD, Helmut Schmitt, die Losung: *"Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen"*.

Dieser für damalige Verhältnisse noch etwas plumpe Annäherungsversuch an den starken neoliberalen Flügel des Bürgertums half zwar der SPD nicht, die Wende in der BRD selbst einleiten und durchziehen zu dürfen. Mit dieser Aufgabe wurde vorläufig die CDU von Helmut Kohl um 1982 betraut. Schmitt kommt aber das zweifelhafte Verdienst zu, in einer knappen Formel die ideologische Grundorientierung der neoliberalen Politik der 80-er und der 90-er Jahre zusammengefasst zu haben. - Was zeichnet diese Politik aus? Sie bietet Unternehmen und Anlegern optimale Rahmenbedingungen, um nach freiem Ermessen über Vermögen und Gewinne zu verfügen. Sie gewährt Steuervorteile, von denen Normalsterbliche nicht einmal träumen können. Und wenn Auflagen aus politischen Gründen nicht mehr umgangen werden können, dann werden sie so flau formuliert, dass bei den Unternehmern keine schlechte Stimmung aufkommt, welche zu unerwünschten Investitionsentscheidungen führen könnten. *Standortvorteil* ist das Zauberwort. Die Bevorteilung der Unternehmer und Investoren wird zum Schlüssel für die Lösung aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme.

Die Bilanz dieser 20 Jahre Neoliberalismus ist ernüchternd, von Schmitts Versprechen wurde lediglich das Drittel eingelöst, das den Unternehmern nützt: seit Mitte der 80-er Jahre steigen zwar die Profite weltweit an, aber die Investitionen halten nur ungenügend Schritt, während sich die Arbeitssituation global gesehen dramatisch verschlechtert hat. Damit nicht genug: im selben Zeitabschnitt verstärkten sich weitere ungünstige Entwicklungen, etwa die Banalisierung von Politik und Demokratie, die Verschärfung der Umweltproblematik, die Verwilderung internationaler Politik oder die Zunahme von gesellschaftlicher Ungleichheit (Stichworte: Einkommen, Gesundheit, Bildung, Arbeitssituation, Wohnverhältnisse, etc.pp.).

Dass in den "politischen Kreisen" weiterhin an die Losung von Schmitt geglaubt wird, kann also offensichtlich nicht an deren Überzeugungskraft liegen. Vielmehr fehlt es an einer politischen Gegenmacht, die dem Bürgertum eine demokratische, ökologisch nachhaltige und ökonomisch gerechte Alternative aufzwingen könnte. Eine Alternative, die die Verfügungsmacht über den gesellschaftlichen Reichtum, die Verteilung der Mühen und der Früchte der Arbeit, der gesellschaftlichen Risiken, demokratisch zu gestalten sucht. Es fehlt die Vision einer Gesellschaft, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln zugunsten einer demokratischen Organisation der materiellen Produktion öffentlichen und privaten Lebens ersetzt wird.

Es gibt viele Ansätze, die in Richtung einer solchen Vision gehen. Beispiele unter zahllosen anderen sind der Widerstand gegen Privatisierungen, Kampagnen zur Schuldentilgung in der Peripherie, die Anti-WTO Bewegungen, die Intifada in Palästina, die Bewegung der Indios in Chiapas und der Landlosen in Brasilien und Kolumbien, der Streik in der ZEBRA, oder das Referendum gegen das neue Militärgesetz.

Die Entlassungssteuer von BastA! zielt ebenfalls in diese Richtung. Sie stellt sich gegen eine der Selbstverständlichkeiten des Neoliberalismus, nämlich dass Gewinne zu privatisieren, die sozialen Kosten aber von der Öffentlichkeit zu tragen sind. Sie ist damit ein kleiner, aber origineller Beitrag zur demokratischen Neugestaltung der Gesellschaft.

Willy Eberle

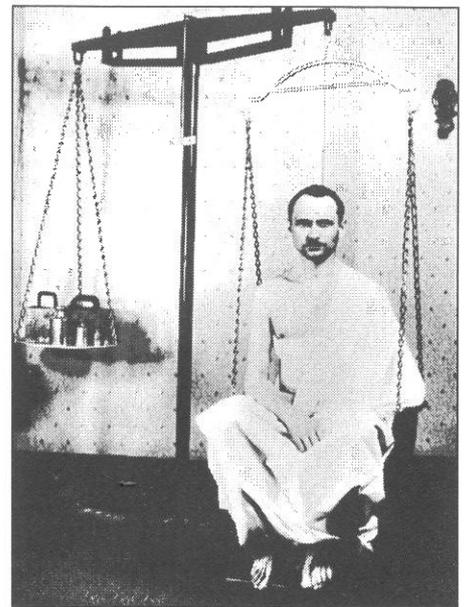
## Parolen für die Abstimmungen vom 4. März

### Kantonale Vorlagen:

- JA zum neuen Sozialhilfegesetz
- JA zur Initiative „für kleinere Schulklassen“
- JA zur Initiative „für eine Entlassungssteuer“

### Eidgenössische Vorlagen:

- Stimmfreigabe zur Initiative „Ja zu Europa“
- Stimmfreigabe zur Initiative „für tiefere Arzneimittelpreise“
- JA zur Initiative „Strassen für alle“



Unausgewogen: die Denner-Initiative

## Denner-Initiative „für tiefere Arzneimittelpreise“

Am 4.3.2001 kommt erneut eine gesundheitspolitische Initiative der Denner AG des schwerreichen Karl Schwenk zur Abstimmung, diesmal für tiefere Arzneimittelpreise. Im Gegensatz zur Spitalkosteninitiative vom letzten November, die einen Angriff auf die Grundfesten der sozialen Krankenversicherung darstellte, trifft die Arzneimittelinitiative einen wunden Punkt im Schweizerischen Gesundheitswesen: Die (zu) hohen Medikamentenpreise! Im Vergleich zum europäischen Ausland sind die Preise für Medikamente in der Schweiz massiv höher, z.T. bis um das Vierfache. Trotz Preissenkungen für Medikamente, deren Patentschutz abgelaufen ist, sind die Kosten weiter angestiegen, da neue Substanzen enorm teuer verkauft werden und intensiv beworben werden. Die Art und Weise, wie die Initiative die Senkung der Kosten erreichen will, ist hingegen wenig sinnvoll und kaum realisierbar: Alle in den vier Nachbarländern registrierten Medikamente (insgesamt 34'000) sollen in der Schweiz verkauft werden dürfen, eine Forderung, die eine rationale und sichere Therapie in Frage stellt, wenn nicht sogar verunmöglicht. Ist ein Generikum („Nachahmerpräparat“) vorhanden, soll nur dieses resp. das billigste davon von der Kasse vergütet werden. Leider ist es aber nicht so, dass alle Generika gleich gute Eigenschaften wie das Originalpräparat aufweisen, sodass auch diese Forderung Risiken für die Therapie beinhaltet. BastA! verzichtet daher auf eine Abstimmungsempfehlung, da ein wichtiges Anliegen mit untauglichen Mitteln durchgesetzt werden soll.

Daniel Gelzer

# Private Bereicherung - öffentliche Armut

Kurzreferate von  
**Vasco Pedrina und  
Christoph Koellreuter**

anschliessend Diskussion  
Moderation: Anne-Lise Hilty

**Montag, 12. Februar 2001,  
20.00 Uhr**

in der Volksdruckerei Basel  
(St. Johannis-Vorstadt 19)

# JA zu kleineren Schulklassen

Am 3./4. März kommt die Initiative für kleinere Schulklassen zur Abstimmung. BastA! unterstützt das Anliegen.



Die Initiative möchte folgende Höchstzahlen für die Klassengrösse im Schulgesetz verankern: 20 statt wie bisher 25 SchülerInnen für Primar- und Orientierungsschule, Di-

plomschulen und Gymnasien, 18 statt wie bisher 20 SchülerInnen für Kindergärten und Weiterbildungsschule, 12 statt wie bisher 14 SchülerInnen für die Kleinklassen.

Kleinere Schulklassen sind eine Antwort auf die gestiegenen Ansprüche an die Schulen, deren Aufgaben heute weit über die reine Wissensvermittlung hinausgehen. In kleineren Klassen kann der Unterricht verstärkt den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasst werden. Von kleineren Lerngruppen profitieren alle SchülerInnen, starke genauso wie schwache.

Die Schulreform wurde durch das enge Sparkorsett der letzten Jahre in ihrer Entwicklung stark eingeschränkt. Jetzt braucht es Investitionen. Kleinere Schulklassen sind eine nachhaltige Verbesserungsmassnahme und letztendlich profitiert der ganze Kanton, wenn die Kinder und Jugendlichen besser ausgebildet werden.

Die Gewerkschaft Erziehung hat gemeinsam mit der freiwilligen Schulsynode und weiteren Personen das überparteiliche Komitee für kleinere Schulklassen gegründet. Das Komitee braucht auch Ihre Unterstützung. Unterzeichnen Sie das Personeninserat und vor allem stimmen Sie JA für kleinere Schulklassen! Weitere Auskünfte: Überparteiliches Komitee für kleinere Schulklassen, c/o Gewerkschaft Erziehung, Rebgasse 1, Postfach 142, 4005 Basel, E-mail: [ge.basel@freesurf.ch](mailto:ge.basel@freesurf.ch)

Heidi Mück

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- Ich bestelle ... Exemplar(e) der Bündnis-Wahlplattform (30 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 4.-)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

## “Tempo 30” macht den Verkehr schneller

Tempo 30 ist für Basel nichts Neues. Seit Jahren wird diese Geschwindigkeitslimite in den Quartierstrassen schrittweise eingeführt. Dass die Vorteile (vorausgesetzt die Tempolimite wird eingehalten) überwiegen, liegt auf der Hand: Bei 30 km/h nehmen AutolenkerInnen andere VerkehrsteilnehmerInnen eher wahr; gefährliche Situationen werden von allen früher erkannt; schwere oder gar tödliche Unfälle werden zu Einzelfällen; sinkende Lärmemissionen lassen die Lebensqualität steigen, und der Verkehr wird ganz generell verflüssigt.

Heute bildet Tempo 30 im Rahmen des Tempo 50-Verkehrsregimes immer noch die Ausnahme. Dies genau will die Initiative des VCS “Strassen für alle” umkehren: Tempo 30 als Regel mit allem Gewinn für Sicherheit, Gesundheit und Lebensqualität und entsprechend Tempo 50 als Ausnahme.

Die Basler Regierung verspricht uns mit ihrem Verkehrsplan “stadtgerechten Verkehr” an Stelle einer verkehrs- und autogerechten Stadt. Ein wirkliches Umdenken kann jedoch nur dann statt-

finden, wenn erkannt wird, dass hohe Geschwindigkeiten nicht stadtauglich sind. Deshalb sind wir für die Tempo 30-Initiative. Für weitere Infos:  
[www.strassen-fuer-alle.ch](http://www.strassen-fuer-alle.ch)

Patrizia Bernasconi



Impressum: Nr. 1/Februar 2001. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: [sekretariat@basta-bs.ch](mailto:sekretariat@basta-bs.ch), PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Martin Brunner, Martin Flückiger, Regula Iselin, Druck: Rumzeis Basel